

EDWARD L. RENSMANN

Wirtschaftssanktionen und internationale Handelsschiedsverfahren

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

522

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

522

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels und Anne Röhmel



Edward L. Rensmann

Wirtschaftssanktionen und internationale Handelsschiedsverfahren

Internationaler Gerechtigkeitspluralismus im
transnationalen Wirtschaftsverkehr

Mohr Siebeck

Edward L. Rensmann, geboren 1992; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Münster; 2023 Promotion (Köln); Rechtsreferendariat beim Hanseatischen Oberlandesgericht mit Stationen in Berlin, Brüssel und Washington; seit 2023 Rechtsanwalt in Hamburg.
orcid.com/0009-0009-9204-8979

Zugl.: Köln, Univ., Diss. 2023.

ISBN 978-3-16-162657-9 / eISBN 978-3-16-162723-1

DOI 10.1628/978-3-16-162723-1

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/23 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Oktober 2022, vereinzelt konnten neuere Entwicklungen berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Klaus Peter Berger*, LL.M., der diese Arbeit betreut und mich dabei in jeder Hinsicht unterstützt und gefördert hat. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. *Heinz-Peter Mansel* danke ich für die zügige Erstattung des Zweitgutachtens.

Der Studienstiftung des Deutschen Volkes gebührt mein Dank für die finanzielle und ideelle Unterstützung während der Erstellung dieser Arbeit. Für die großzügige Unterstützung bei der Drucklegung danke ich dem Förderverein des CENTRAL an der Universität zu Köln sowie der Studienstiftung *ius vivum*. Den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Herrn Professor Dr. *Ralf Michaels* und Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Holger Fleischer*, danke ich für die freundliche Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Zum Gelingen dieser Arbeit wesentlich beigetragen haben *Philipp Bergjans*, Dr. *Anton Frey*, Dr. *Fabienne Gieshoidt*, Dr. *Kilian Gramsch*, *Moritz von Saß* sowie Dr. *Christian Johannes Wahnschaffe*. Für ihre kritischen Anmerkungen, die akribische Durchsicht des Manuskripts und den stets anregenden Gedankenaustausch bin ich ihnen in Dank und Freundschaft tief verbunden. *Lisa Grunenberg* danke ich für ihre beständige Geduld und ihren liebevollen Zuspruch.

Diese Arbeit ist in Liebe meinen Eltern gewidmet.

Hamburg, im Juli 2023

Edward L. Rensmann

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Teil I: Wirtschaftssanktionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr	7
§ 1 Die Wirtschaftssanktion als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik	9
§ 2 Sanktionsbedingte Pflichtenkollisionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr	39
§ 3 Die räumlich-territoriale Geltung der Sanktionsnorm als Gegenstand der Rechtsanwendungsentscheidung	63
Teil II: Staatliche Interessen in der Rechtsanwendung	85
§ 4 Die Dogmatik des kollisionsrechtlichen Eingriffsrechts	87
§ 5 Die kollisionsrechtliche Methodik des Eingriffsrechts	133
§ 6 Die Struktur der Rechtsanwendungsentscheidung	182
Teil III: Staatliche Interessen in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit	257
§ 7 Das Verhältnis von staatlicher Rechtsordnung und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit	259
§ 8 Zwingendes Recht in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	313
§ 9 Die Anwendung zwingenden Rechts im internationalen Schiedsverfahren	379

Teil IV: Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	409
§ 10 Grundlagen der Typisierung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	411
§ 11 Die Typisierung der staatlichen Anerkennungsbereitschaft für sanktionsbezogene Schiedsverfahren	445
§ 12 Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	480
 Schlussbetrachtung	 529
 Literaturverzeichnis	 535
Rechtsprechungsverzeichnis	569
Sach- und Personenregister	579

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Teil I: Wirtschaftssanktionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr	7
§ 1 Die Wirtschaftssanktion als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik	9
A. Die politische Funktion der Wirtschaftssanktion	10
I. Die Wirtschaftssanktion als außenpolitische Alternative zur militärischen Gewaltanwendung	10
II. Die Wirtschaftssanktion zwischen Normbestätigung und politischer Gestaltung	14
III. Die Wirtschaftssanktion als Instrument der nationalen Außenpolitik	17
IV. Völkerrechtliche Legalität der zwischenstaatlichen Zwangsanwendung	19
B. Das ökonomische Prinzip der Wirtschaftssanktion	24
I. Die Evolution wirtschaftlichen Zwangs in internationalen Beziehungen	24
II. Die Formalisierung und Individualisierung moderner Sanktionsregime	29
III. Völkerrechtliche Legalität der extraterritorialen Ausübung von Hoheitsgewalt	33
§ 2 Sanktionsbedingte Pflichtenkollisionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr	39
A. Die zunehmende Konflikträchtigkeit globaler Sanktionspolitik	39
I. Die Unilateralität globaler Sanktionspolitik	40
II. Die Widersprüchlichkeit globaler Sanktionspolitik	43
B. Die starre Territorialität globaler Sanktionspolitik	48
I. Die Rechtsordnungsspezifität außen- und sicherheitspolitischer Regulierung als Herausforderung für transnationale Strukturen	48
II. Die Kompromisslosigkeit rechtsordnungsspezifischer Sanktionsnormen	53
III. Die überbordende Extraterritorialität sanktionspolitischer Rechtsetzung	55

1. Die extraterritoriale Ausweitung des Regelungsgehalts staatlicher Primärsanktionen	55
2. Der völkerrechtswidrige Einsatz von Sekundärsanktionen	58
<i>§ 3 Die räumlich-territoriale Geltung der Sanktionsnorm als Gegenstand der Rechtsanwendungsentscheidung</i>	63
A. Die Integration der Wirtschaftssanktion in die staatliche Rechtsordnung . . .	63
I. Die Formulierung der Sanktionsnorm als öffentlich-rechtliche Verbotsnorm	64
II. Die Öffnung des Privatrechts für die normative Wirkung der Sanktionsnorm	69
B. Die Anwendung von Sanktionsnormen als Frage ihrer räumlich-territorialen Geltung	72
I. Das vermeintliche Gebot der Nichtanwendung ausländischer Sanktionsnormen	73
II. Die Anwendung der Sanktionsnorm als kollisionsrechtliche Frage	76
III. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Methode für die Rechtsanwendung	79
Zusammenfassung des ersten Teils	82
 Teil II: Staatliche Interessen in der Rechtsanwendung	 85
<i>§ 4 Die Dogmatik des kollisionsrechtlichen Eingriffsrechts</i>	87
A. Grundzüge kollisionsrechtlicher Dogmatik und Methode	88
I. Das Kollisionsrecht als staatliche Einsicht in einen territorial gebundenen Gerechtigkeitspluralismus	88
II. Transatlantische Differenzen in der kollisionsrechtlichen Methode	92
1. Das kontinentaleuropäische Kollisionsrecht <i>Savigny</i> 'scher Prägung . .	92
2. Die interessenbasierten Ansätze im US-amerikanischen Kollisionsrecht	95
III. Die kollisionsrechtliche Funktion der Parteiautonomie	101
B. Rechtspolitische Notwendigkeit und kollisionsrechtliche Funktion des Eingriffsrechts	104
I. Eingriffsnormen der <i>lex fori</i> als Teil des international zwingenden Rechts	105
1. Zu Begriff und Funktion zwingender Rechtsnormen	105
2. Die international zwingende Wirkung des <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts . .	108
3. Funktionale Abgrenzung des Eingriffsrechts vom kollisionsrechtlichen <i>ordre public</i>	112
II. Die forumsfremde Eingriffsnorm als Abbild eines regulatorischen Pluralismus	115
1. Abgrenzung von extraterritorialer Rechtsetzung und international zwingendem Anwendungswillen	116
2. Die rechtspolitische Notwendigkeit der Anwendung forumsfremder Eingriffsnormen	121
3. Die Abgrenzung der Eingriffsfrage von der <i>jurisdiction to adjudicate</i> .	127

§ 5 Die kollisionsrechtliche Methodik des Eingriffsrechts	133
A. Die Eingriffsnorm in der Methodik des allgemeinen Kollisionsrechts	134
I. Begründungsmodelle im kontinentaleuropäischen Rechtskreis	135
1. Methodische Ursprünge des Eingriffsrechts	135
2. Der methodische Durchbruch der Sonderanknüpfungslehren	138
3. Der Ansatz der unionsrechtlichen Rom I-Verordnung	141
II. Begründungsmodelle im angloamerikanischen Rechtskreis	143
1. Das Eingriffsrecht aus Perspektive des englischen Kollisionsrechts	143
2. Die Eingriffsnorm im US-amerikanischen Kollisionsrecht	146
B. Grundlagen einer einheitlichen Anwendungsmethode	152
I. Das <i>Schurig</i> 'sche Bündelungsmodell	152
II. Grundsätze der Normsatzstruktur aus kollisionsrechtlicher Perspektive	156
1. Zur räumlich-territorialen Geltung der Rechtsnorm	157
2. Zum Zusammenspiel von rationalem und imperativem Element der Rechtsgeltung	160
3. Die Fremdrechtsrechtsanwendung als Synthese von fremder Ratio und inländischem Anwendungsbefehl	163
III. Zur rechtskreisübergreifenden Existenz der Eingriffsnorm	165
1. Die methodische Inexistenz der Eingriffsnorm	166
2. Die Realität des Eingriffsrechts als Kollision von Rechtsanwendungsinteressen	170
IV. Zu Natur und kollisionsrechtlicher Methodik des <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts	173
1. Zur Funktion des <i>ordre public</i> in Abhängigkeit von der Dimension des Eingriffsrechts	173
2. Die Relativität des <i>ordre public</i> als Einschränkung des universellen Geltungsanspruchs nationaler Grundprinzipien	177
§ 6 Die Struktur der Rechtsanwendungsentscheidung	182
A. Die kollisionsrechtliche Interessenanalyse im Kontext des Eingriffsrechts	183
I. Die Disqualifikation als methodisches Gerüst des Eingriffsrechts	183
1. Die Qualifikation als Methode der kollisionsrechtlichen Rechtsermittlung	183
2. Das Eingriffsrechts als Ausdruck einer kollisionsrechtlichen Disqualifikation	187
II. Grundlagen der kollisionsrechtlichen Interessenanalyse	191
1. Kollisionsrechtliche Interessen als Ausdruck einer räumlichen Gerechtigkeit	191
2. Die Sachrechtsbezogenheit kollisionsrechtlicher Rechtsanwendungsinteressen	195
3. Gesetzgeberische Typisierung und kollisionsrechtliche Ordnungsinteressen	198
4. Die prinzipiengebundene Überlagerung kollisionsrechtlicher Interessenlagen	201

III. Die kollisionsrechtliche Interessenlage bei der Anwendung von Eingriffsnormen	204
1. Die Anwendung forumseigener Eingriffsnormen als Durchsetzung forumseigener Grundprinzipien	205
2. Die forumsfremde Eingriffsnorm als Gegenstand inländischer <i>Ordre-public</i> -Kontrolle	209
a) Die Prinzipienverbundenheit forumsfremder Eingriffsnormen als autonomes Rechtsanwendungsinteresse des Forums	209
b) Widerstreitende forumsfremde Eingriffsnormen als Kollision inländischer Rechtsanwendungsinteressen	216
c) Rechtspolitische Konkretisierungen des forumsfremden Eingriffsrechts	218
B. Die Rechtsanwendungsentscheidung zwischen Kollisions- und Sachrecht	222
I. Die normative Anwendung von Eingriffsnormen	223
II. Verhältnis von normativer Anwendung und sachrechtlicher Berücksichtigung	225
1. Wechselwirkung kollisionsrechtlicher und sachrechtlicher Entscheidungsprozesse	226
2. Funktionale Abstufung der Rechtsanwendungsentscheidung im Kontext des Eingriffsrechts	229
III. Die Berücksichtigung statutfremder Sachnormen in der Sachrechtsanwendung	232
1. Die Berücksichtigung statutfremder Normen als Tatsachen	233
2. Die Berücksichtigung normativer Auswirkungen statutfremder Normen	237
a) Ursprünge der sogenannten Datumtheorie	237
b) Die Zweistufigkeit des Kollisionsrechts	239
c) Methodische Begründung der sachrechtlichen Berücksichtigung	243
3. Die Sperrwirkung des Kollisionsrechts gegenüber der sachrechtlichen Berücksichtigung	249
Zusammenfassung des zweiten Teils	254

Teil III: Staatliche Interessen in der internationalen

Handelsschiedsgerichtsbarkeit	257
---	-----

§ 7 <i>Das Verhältnis von staatlicher Rechtsordnung und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit</i>	259
--	-----

A. Die staatlich verantwortete Autonomie der Schiedsgerichtsbarkeit	260
I. Die Schiedsgerichtsbarkeit als Ausdruck staatlich gewährleisteter Parteiautonomie	260
1. Die Schiedsgerichtsbarkeit als vertragsrechtliche Schöpfung	261
2. Die Schiedsgerichtsbarkeit als Delegation staatlicher Rechtsprechungsgewalt	262

3. Die hybride Natur der Schiedsgerichtsbarkeit	264
II. Autonomie und staatliche Kontrolle der Schiedsgerichtsbarkeit	266
1. Die liberale Rechtsordnung als Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit	266
2. Staatliche Rahmenbedingungen der Schiedsgerichtsbarkeit	269
a) Das Konzept der Schiedsfähigkeit	269
b) Staatliche Kontrolle des Schiedsspruchs	271
3. Die Schiedsgerichtsbarkeit als gleichwertige Rechtssprechungsalternative	273
B. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als transnationales Phänomen	275
I. Natur und Legitimation der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	276
1. Die plurilokale Legitimation der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	277
2. Die transnationale (Rechts-)Ordnung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	280
3. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als autonome soziale (Rechts-)Ordnung	284
II. Staatliches Vertrauen in die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	288
1. Die Betrauung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit mit der Berücksichtigung staatlicher Interessen	288
a) Der <i>Ordre-public</i> -Maßstab im Anerkennungsverfahren	289
b) Ausweitung der Schiedsfähigkeit im Rahmen der sogenannten <i>Second-look</i> -Doktrin	292
2. Staatlicher Kontrollverlust durch die Eröffnung einer <i>regulatory arbitrage</i>	295
3. Die transnationale Funktion der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als Grundlage ihrer Autonomie	296
III. Die Grenzen staatlichen Vertrauens in die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	302
1. Regulatorische Differenzen als Herausforderung für staatliches Vertrauen	303
2. Die staatliche Furcht vor der Umgehung zwingenden Rechts	305
 § 8 <i>Zwingendes Recht in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit</i>	 313
A. Das anwendbare Recht im internationalen Schiedsverfahren	314
I. Das Kollisionsrecht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	314
1. Die Bestimmung der Kollisionsgrundnorm der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	315
2. Das staatliche Sonderkollisionsrecht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	318
a) Besonderheiten der kollisionsrechtlichen Ermittlung des schiedsgerichtlichen Sachstatuts	319
b) Anwendbarkeit der Rom I-VO auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	321

II. Die Relativität des anwendbaren Rechts im internationalen Schiedsverfahren	323
1. Die Relativität der Anknüpfungspunkte für die Ausübung staatlicher Rechtsetzungsgewalt im internationalen Schiedsverfahren	324
2. Die Relativität der staatlichen Anerkennung im internationalen Schiedsverfahren	326
3. Die Relativität zwingender Rechtsanwendungsinteressen als Brennpunkt rechtsordnungsspezifischer Legitimationskonflikte	330
B. Die Grenzen der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	332
I. Zwingendes Recht und staatliche Legitimation	333
1. Zur Abgrenzung von Legitimation und Rechtsgeltung im internationalen Schiedsverfahren	333
2. Die Wahl der legitimierenden Rechtsordnung als Gegenstand schiedsgerichtlicher Überprüfung	337
a) Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Sitzrechtsordnung als Maßstab der kollisionsrechtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	337
b) Überkollisionsrechtliche Rechtsanwendungsinteressen als Grenze der staatlichen Anerkennungsbereitschaft	339
c) <i>Regulatory arbitrage</i> als rechtsordnungsübergreifende Freizügigkeit des internationalen Schiedsverfahrens	342
3. Die Durchbrechung der Territorialität der Rechtsgeltung im internationalen Schiedsverfahren	348
a) Der universelle Geltungsanspruch nationaler Grundprinzipien als extraterritorialer Legitimationsanker im internationalen Schiedsverfahren	348
b) Die Transnationalität der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als rechtsordnungsübergreifende Einhegung staatlicher Kontrolle	355
II. Rechtsanwendungsinteressen jenseits der nationalen Rechtsordnung	360
1. Der <i>ordre public transnational</i> als autonome Beschränkung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	361
2. Der Einfluss des supranationalen Rechts der Europäischen Union	367
III. Der Einfluss der Parteien auf die konkrete Rechtsanwendungsentscheidung	369
1. Die autonome Verantwortung des internationalen Schiedsgerichts als Begrenzung legitimationsbezogener Parteiinteressen	370
2. Der Einfluss der Parteien auf die kollisionsrechtliche Abwägungsentscheidung	375
 § 9 Die Anwendung zwingenden Rechts im internationalen Schiedsverfahren	 379
A. Grundlegung	380
I. Die Eingriffsnormenproblematik im internationalen Schiedsverfahren	380
II. Funktionale Struktur der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	384

B. Die Struktur der Rechtsanwendungsentscheidung im internationalen Schiedsverfahren	387
I. Identifizierung und Auflösung überkollisionsrechtlicher Interessenkonflikte	388
II. Die normative Anwendung von Eingriffsnormen durch das Schiedsgericht	394
1. Die besonderen Rechtsanwendungsinteressen im staatlichen Sonderkollisionsrecht	394
2. Kollisionsrechtliche Besonderheiten bei Bezügen zur Europäischen Union	398
III. Die sachrechtliche Berücksichtigung in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	400
1. Die sachrechtliche Berücksichtigung als normativer Rechtsanwendungsvorgang	401
2. Implikation der Legitimationsinteressen für die Form der Rechtsanwendung	403
Zusammenfassung des dritten Teils	407
Teil IV: Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	409
§ 10 Grundlagen der Typisierung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	411
A. Grundlegung	411
I. Das verbleibende Bedürfnis nach Rechtssicherheit	412
II. Die Annäherung an das Phänomen der Eingriffsnorm	414
III. Ansätze einer allseitigen Bündelung von potenziellen Eingriffsnormen	418
IV. Die Typisierung von transnationalen Interessenlagen als Konkretisierung eines globalen Eingriffsrechts	422
V. Die Wirtschaftssanktion als geeignetes Objekt der Typisierung	425
B. Die Grenzen der Typisierung in sanktionsbezogenen Konflikten	427
I. Die Durchführbarkeit sanktionsbezogener Schiedsverfahren	428
II. Die Schiedsfähigkeit sanktionsbezogener Konflikte <i>ratione materiae</i>	433
III. Die einzelfallbezogene Unwirksamkeit von Schiedsvereinbarungen	441
§ 11 Die Typisierung der staatlichen Anerkennungsbereitschaft für sanktionsbezogene Schiedsverfahren	445
A. Korrespondenz und Kollision von Sanktionsnormen und rechtsordnungsspezifischen Grundprinzipien	446
I. Die Sanktionsnorm als Konkretisierung forumseigener Grundprinzipien	446
1. Wirtschaftssanktionen des Forums als Konkretisierung des forumseigenen <i>ordre public</i>	446

2. Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union als Konkretisierung des <i>ordre public</i> der Mitgliedstaaten	450
3. Wirtschaftssanktionen des UN-Sicherheitsrates als Konkretisierung des nationalen <i>ordre public</i>	452
II. Feindliche Sanktionsnormen als Angriff auf forumseigene Grundprinzipien	455
III. Neutrale Sanktionsnormen und forumseigene Grundprinzipien	457
1. Die Neutralität gegenüber Gerechtigkeitskonflikten jenseits des Forums	458
2. Die Zurückweisung völkerrechtswidriger Sekundärsanktionen	462
B. Sanktionsspezifische Grenzen der staatlichen Anerkennungsbereitschaft	464
I. Die einzelfallbezogene Überprüfung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	465
II. Die Form der Rechtsanwendung als sanktionsbezogenes Typisierungsmerkmal	468
III. Absolute Grenzen staatlicher Anerkennungsbereitschaft	471
1. Fundamentale Normen des Völkerrechts als universelle Grenze staatlicher Anerkennungsbereitschaft	471
2. Die Natur des Völkergewohnheitsrechts als relative Grenze staatlicher Anerkennungsbereitschaft	476
 § 12 Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	480
A. Typische Interessenlagen in der schiedsgerichtlichen Anwendung von Wirtschaftssanktionen	481
I. Die Typisierung der legitimierenden Rechtsordnung in sanktionsbezogenen Konflikten	481
1. Die überkollisionsrechtliche Interessenlage in sanktionsbedingten Konflikten	482
2. Die Auflösung überkollisionsrechtlicher, sanktionsbedingter Konflikte	484
a) Einvernehmliche Auflösung eines überkollisionsrechtlichen Interessenkonflikts	484
b) Einseitige Legitimationsentscheidung bei unauflösbaren Konflikten	488
3. Keine absolute Begrenzung der schiedsgerichtlichen Legitimationsentscheidung	490
II. Die Typisierung der kollisionsrechtlichen Interessenlage in sanktionsbezogenen Konflikten	492
1. Der verbleibende Raum für die kollisionsrechtliche Interessenanalyse in sanktionsbezogenen Konflikten	493
2. Die durch Sanktionsnormen typischerweise implizierten kollisionsrechtlichen Rechtsanwendungsinteressen	494
III. Die Typisierung der sachrechtlichen Interessenlage in sanktionsbezogenen Konflikten	498

1. Der verbleibende Raum für die sachrechtliche Berücksichtigungsentscheidung in sanktionsbezogenen Konflikten . . .	498
2. Die Berücksichtigung von Sanktionsnormen über Verbotstatbestände als pseudo-sachrechtlicher Vorgang	500
3. Die sanktionsbedingte Unzumutbarkeit der Leistungserbringung . . .	502
B. Leitlinien für die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	507
I. Grundlegung	508
1. Ermittlung der relevanten sachverhaltsbezogenen Faktoren	509
2. Die Legitimationsentscheidung	511
3. Die kollisionsrechtliche Rechtsanwendungsentscheidung	514
4. Die sachrechtliche Berücksichtigungsentscheidung	515
II. Konkretisierung am Beispiel <i>Bank Melli Iran ./ Telekom Deutschland</i> . .	517
Zusammenfassung des vierten Teils	526
Schlussbetrachtung	529
Literaturverzeichnis	535
Rechtsprechungsverzeichnis	569
Sach- und Personenregister	579

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Die Aktiengesellschaft
AJIL	American Journal of International Law
AJPH	American Journal of Public Health
All ER	All England Reports
Alt.	Alternative
Am J Comp L	American Journal of Comparative Law
Am J Legal Hist	The American Journal of Legal History
Ann IDI	Annuaire de l'Institut de Droit International
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Arb Int'l	Arbitration International
ARIA	American Review of International Arbitration
Ariz J Int'l & Comp L	Arizona Journal of International & Comparative Law
ASAB	Association Suisse de l'Arbitrage Bulletin
ASIL Proc	American Society of International Law Proceedings
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BC Int'l & Comp L Rev	Boston College International and Comparative Law Review
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Brook J Int'l L	Brooklyn Journal of International Law
BU Int'l LJ	Boston University International Law Journal
Buff L Rev	Buffalo Law Review
Burr	Burrell & Marsden's Admiralty Cases
BV	Besloten vennootschap
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law

bzw.	beziehungsweise
CAATSA	Countering America's Adversaries Through Sanctions Act
Cal	California Supreme Court
Cal L Rev	California Law Review
Camb LJ	The Cambridge Law Journal
Cass. Civ.	Cour de cassation, Chambre civile
CCL	Commercial Control List
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
Ch	Chancery Division
Cir.	Circuit
CJICL	Cambridge Journal of International and Comparative Law
Clunet	Journal du Droit international Clunet
Co	Company
Colum J Transnat'l L	Columbia Journal of Transnational Law
Colum L Rev	Columbia Law Review
Comm	Commercial Court
Contemp Asia Arb J	Contemporary Asia Arbitration Journal
Corp	Corporation
CRIEEA	Countering Russian Influence in Europe and Eurasia Act
CRS	Congressional Research Service
Cuad derecho transnac	Cuadernos de derecho transnacional
D Ariz	United States District Court for the District of Arizona
D Del	United States District Court for the District of Delaware
dass.	dasselbe
DDC	United States District Court for the District of Columbia
ders.	derselbe
DGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
dies.	dieselbe
Dok.	Dokument
DPCI	Droit et pratique du commerce international
DRJ	Dispute Resolution Journal
Duke LJ	Duke Law Journal
EAR	Export Administration Regulations
Ecol Law Q	Ecology Law Quarterly
Econ Hist Rev	The Economic History Review
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EJIL	European Journal of International Law
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EPIL	Encyclopedia of Private International Law
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
et al.	et alii (und andere)
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA	England and Wales Court of Appeal
EWHC	England and Wales High Court

EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
F. Supp.	Federal Supplement
f./ff.	folgende/r
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FW	Die Friedens-Warte
GA	General Assembly (Generalversammlung)
Ga J Int'l & Comp L	Georgia Journal of International and Comparative Law
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
Geo J Int'l L	Georgetown Journal of International Law
GesR	Zeitschrift für Gesundheitsrecht
Grotius Soc	Transactions of the Grotius Society
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedenkschrift
Harv Int'l LJ	Harvard International Law Journal
Harv L Rev	Harvard Law Review
Hastings LJ	Hastings Law Journal
HG	Handelsgericht
HPT	History of Political Thought
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
IATA	International Air Transport Association
IBA	International Bar Association
ibid.	ibidem (ebenda)
ICCA	International Council for Commercial Arbitration
ICJ Rep	Report of the International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IIEPA	International Emergency Economic Powers Act
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	Internationales Handelsrecht
ILA	International Law Association
Inc	Incorporated
INSTEX	Instrument in Support of Trade Exchanges
Int Aff	International Affairs
Int J	International Journal
Int Organ	International Organization
Int Relat	International Relations
Int Secur	International Security
Int Stud Q	International Studies Quarterly
Int Stud Rev	International Studies Review
Int'l Bus LJ	International Business Law Journal
Int'l L Forum	International Law FORUM du droit international
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

IPRG	Schweizer Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht
J Am Hist	The Journal of American History
J Eur Public Policy	Journal of European Public Policy
J Int Aff	Journal of International Affairs
J Int Econ Law	Journal of International Economic Law
J Int'l Arb	Journal of International Arbitration
J Inter Am Stud World Aff	Journal of Interamerican Studies and World Affairs
J Mod Hist	The Journal of Modern History
J Peace Res	Journal of Peace Research
J Priv Int Law	Journal of Private International Law
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
JCSL	Journal of Conflict and Security Law
JIDS	Journal of International Dispute Settlement
JPL	Journal of Politics and Law
JZ	JuristenZeitung
KB	King's Bench
KJ	Kritische Justiz
Law & Pol'y Int'l Bus	Law and Policy in International Business
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LJIL	Leiden Journal of International Law
LLC	Limited Liability Company
Lloyd's Rep	Lloyd's Law Reports
LQR	Law Quarterly Review
Ltd	Limited
Mass	Massachusetts Supreme Judicial Court
McGill LJ	McGill Law Journal
Melb J Int Law	Melbourne Journal of International Law
Mich J Int'l L	Michigan Journal of International Law
Mich L Rev	Michigan Law Review
MJECL	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MüKo	Münchener Kommentar
N Engl Q	The New England Quarterly
N.E.	North Eastern Reporter
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDNY	United States District Court for the Northern District of New York
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number/numéro
Nr.	Nummer
NV	Naamloze vennootschap
Nw U L Rev	Northwestern University Law Review
NY	New York Court of Appeals
NY L Sch J Int'l & Comp L	New York Law School Journal of International and Comparative Law
NYÜ	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

NYU L Rev	New York University Law Review
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OAD	Otkrytoje Akzionernoje Obschtschestwo
OFAC	Office of Foreign Asset Control
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
Ohio St LJ	Ohio State Law Journal
Okla L Rev	Oklahoma Law Review
OLG	Oberlandesgericht
OOO	Obschestvo s ogranichennoy otvetstvennostyu
Ors	others
Ottawa L Rev	Ottawa Law Review
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PEESA	Protecting Europe's Energy Security Act
PEESCA	Protecting Europe's Energy Security Clarification Act
PK	Praxis Kommentar
Plc	Public Limited Company
Pub. L.	Public Law
PVS	Politische Vierteljahresschrift
PYIL	Polish Yearbook of International Law
QB	Queen's Bench
QIL	Questions of International Law
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBDI	Revue Belge de Droit International
RdTW	Recht der Transportwirtschaft
Rev Arb	Revue de l'Arbitrage
Rev Crit	Revue critique de droit international privé
RGBL	Reichsgesetzblatt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJ	Rechtshistorisches Journal
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Russ LJ	Russian Law Journal
RW	Rechtswissenschaft
S Cal L Rev	Southern California Law Review
S.	Seite
SA	Société Anonyme
SARL	Société à responsabilité limitée
SAS	Société par actions simplifiée
SC	Security Council
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SD Cal	United States District Court for the Southern District of California
SD Tex	United States District Court for the Southern District of Texas
SDNY	United States District Court for the Southern District of New York
Sec.	Section
SJ	Social Justice

Snc	Società in nome collettivo
South Pol Scie Proc	Proceedings of the Annual Session (Southern Political Science Association)
SpA	Società per azioni
SRIEL	Swiss Review of International and European Law
Srl	Società a responsabilità limitata
SSIDES	Support for the Sovereignty, Integrity, Democracy, and Economic Stability of Ukraine Act
SSRN	Social Science Research Network
Stetson L Rev	Stetson Law Review
StIGH	Ständiger Internationale Gerichtshof
StJohn's L Rev	St. John's Law Review
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TCFDIP	Travaux du Comité français de droit international privé
Tex Int'l LJ	Texas International Law Journal
TLCF	Transnational Law and Contemporary Problems
TWQ	The Washington Quarterly
U Chi Legal F	The University of Chicago Legal Forum
U Pa J Int'l L	University of Pennsylvania Journal of International Law
U.S.C.	Code of Laws of the United States of America
UAbs.	Unterabsatz
UC Davis L Rev	UC Davis Law Review
UKHL	United Kingdom House of Lords
UN	United Nations
Unif L Rev	Uniform Law Review
UNYB	Max Planck Yearbook of United Nations Law
Urt.	Urteil
USA	United States of America
USD	USDollar
v/v.	versus
Va J Int'l L	Virginia Journal of International Law
Va L Rev	Virginia Law Review
Vand J Transnatl L	Vanderbilt Journal of Transnational Law
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
Vol.	volume
WAMR	World Arbitration And Mediation Review
WLR	Weekly Law Reports
World Polit	World Politics
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel
WTO	World Trade Organization
Yale J Int'l L	The Yale Journal of International Law
Yale LJ	Yale Law Journal
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
z. B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft

ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Das Instrument der Wirtschaftssanktion hat sich im Schatten des allgemeinen Gewaltverbots als Mittel der gewaltfreien Eskalation außen- und sicherheitspolitischer Konflikte etabliert. Als *ultima ratio* in der zwischenstaatlichen Kommunikation manifestieren Sanktionsregime einen tiefgreifenden Dissens staatlicher Grundüberzeugungen. Der Sanktionsgeber markiert durch den Einsatz von Wirtschaftssanktionen die äußeren Grenzen der außen- und sicherheitspolitischen Toleranz in internationalen Angelegenheiten.¹ In Gestalt ökonomischer Regulierung übt die Wirtschaftssanktion willensbeugenden Zwang aus, um fundamentale staatliche Interessen auf der internationalen Bühne zu behaupten. Staatliche Rechtsordnungen verwahren sich durch ihre Sanktionspolitik dagegen, spezifische rechtsordnungsbezogene Grundüberzeugungen im Wege der Untätigkeit einem internationalen Gerechtigkeitspluralismus preiszugeben.²

Das Medium der grenzüberschreitenden Durchsetzung staatlicher Interessen ist der internationale Wirtschaftsverkehr. Um außenpolitischen Anliegen auch jenseits des eigenen Territoriums Nachdruck zu verleihen, wirkt der Sanktionsgeber im Wege der extraterritorialen Rechtsetzung auf internationale Wirtschaftsbeziehungen ein. Diese grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen bieten wegen ihrer Internationalität unterschiedlichen Staaten Anknüpfungspunkte für die Ausübung hoheitlicher Regelungsgewalt. Im internationalen Raum überschneiden sich daher extraterritoriale Regulierungsbestrebungen verschiedener Rechtsordnungen. Weil sich zugleich die Wirtschaftssanktion gerade durch die kompromisslose Behauptung staatlicher Interessen im internationalen Raum definiert, führt die Überschneidung staatlicher Rechtsetzungsgewalt im Bereich der

¹ Siehe hierzu beispielsweise im Kontext des russischen Angriffskrieges in der Ukraine die Erklärung von EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* gemeinsam mit US-Präsident *Biden* vom 25.03.2022: „[W]e are determined to stand up against Russia’s brutal war. This war will be a strategic failure for Putin. Our cooperation on the four successive waves of sanctions against Russia has been extraordinary and exceptional. The sanctions are now working their way deep into the Russian system, draining Putin’s resources to finance this atrocious war.“ Der Text der Rede ist abrufbar unter: <bit.ly/3YwJmuL> (zuletzt abgerufen am 01.06.2023).

² Vgl. *Hufbauer et al.*, *Economic Sanctions*, 3. Aufl. 2007, 6f. Hierzu noch näher *infra* § 2 B.II., S. 53 ff.

internationalen Sanktionspolitik regelmäßig zu einer Konfrontation staatlicher Regelungsansprüche.

Wie sich die Konfrontation staatlicher Regelungsansprüche auf privatwirtschaftliche Beziehungen auswirkt, veranschaulicht beispielhaft der Rechtsstreit zwischen dem iranischen Finanzinstitut *Bank Melli Iran* und der deutschen Telekommunikationsdienstleisterin *Telekom Deutschland*. Nach dem Rückzug der USA aus der Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm³ sah sich die *Telekom Deutschland* gezwungen, einen bestehenden Rahmenvertrag mit der *Bank Melli Iran* zu kündigen. Diese Entscheidung hatte die *Telekom Deutschland* vornehmlich unter dem Eindruck US-amerikanischer Sekundär-sanktionen getroffen,⁴ die mit dem Ausscheiden der USA aus der Nuklearvereinbarung wiederhergestellt worden waren (*snapback*).⁵ Die *Telekom Deutschland* fürchtete bei Missachtung der US-Sanktionen eine Beschränkung ihres Zugangs zum US-amerikanischen Wirtschaftsmarkt.⁶ Dieses Nachgeben der *Telekom Deutschland* im Angesicht der US-amerikanischen Sanktionsandrohungen stand im Widerspruch zur Regelung des Art. 5 VO(EG) Nr. 2271/96⁷, die als Teil der sogenannten Blocking-Verordnungen der Europäischen Union die Einwirkung der US-Sekundärsanktionen auf mitgliedstaatliche Unternehmen als völkerrechtswidrige Einmischung zurückweist.⁸

Nachdem das Landgericht Hamburg eine fristlose Kündigung der *Telekom Deutschland* wegen des entgegenstehenden Befolungsverbots für unwirksam er-

³ Zum Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) siehe *Joint Statement by EU High Representative Federica Mogherini and Iranian Foreign Minister Javad Zarif* vom 14.07.2015, abrufbar unter: <bit.ly/3DNAebu> (zuletzt abgerufen am 01.06.2023). Zum Rückzug der USA siehe *National Security Presidential Memorandum* vom 08.05.2018, abrufbar unter: <bit.ly/3qoj0P1> (zuletzt abgerufen am 01.06.2023).

⁴ Zum Sachverhalt vgl. OLG Hamburg, Beschl. v. 02.03.2020 – 11 U 116/19, RdTW 2020, 376.

⁵ Hierzu Executive Order 13846 vom 06.08.2018, *Reimposing Certain Sanctions With Respect to Iran*, abrufbar unter: <bit.ly/3OsSkEP>. Ein Großteil der betreffenden Sanktionen findet sich in den *Iran Transactions and Sanctions Regulations* (ITSR), 31 CFR §§ 560 ff. Die *Bank Melli Iran* wird auf der konsolidierten *Specially Designated Nationals and Blocked Person List* (SDN-List) des OFAC geführt. Die vollständige SDN-Liste ist abrufbar unter: <bit.ly/3s1VnME> (jeweils zuletzt abgerufen am 01.06.2023).

⁶ Siehe hierzu 31 CFR §§ 560.101 ff., insbesondere CFR 31 § 560.203; CFR 31 § 560.205; CFR 31 § 560.416 sowie 50 USC § 1705(a). Der Mutterkonzern der Telekom Deutschland beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als 50.000 Arbeitnehmer in den USA und erwirtschaftet dort etwa die Hälfte seines Umsatzes; dazu OLG Hamburg, Beschl. v. 02.03.2020 – 11 U 116/19, RdTW 2020, 376.

⁷ Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates vom 22.11.1996.

⁸ So ausdrücklich Erwägungsgrund 4 der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates vom 22.11.1996 („verletzen durch ihre extraterritoriale Anwendung das Völkerrecht“).

achtet hatte,⁹ legte das Hanseatische Oberlandesgericht schließlich die Frage nach den Voraussetzungen und Grenzen der unionsrechtlichen Regelung dem EuGH vor.¹⁰ Es sei unklar, an welche Voraussetzungen das Verbot anknüpfe und welche Partei die Beweislast für die Motive einer Vertragsbeendigung trage.¹¹ Im Übrigen äußerte das Hanseatische Oberlandesgericht Bedenken, ob das Befolungsverbot im Lichte der potenziell verheerenden wirtschaftlichen Konsequenzen für betroffene Parteien im Privatrechtsverkehr mit der in Art. 16 EU-Grundrechte-Charta geschützten unternehmerischen Freiheit sowie dem in Art. 52 EU-Grundrechte-Charta verankerten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sei:

„Nach dem Verständnis des Senats führt das Verbot der Befolgung von Sekundärsanktionen zu einem Dilemma für EU-Wirtschaftsteilnehmer wie der Beklagten, deren Schutz die Verordnung nach ihrer Präambel dienen soll. Befolgen sie das EU-Recht, droht ihnen der Ausschluss vom US-Markt, befolgen sie die Sanktionen, verstoßen Sie [sic] gegen EU-Recht.“¹²

In Anerkennung dieser Bedenken bestätigte der EuGH im Ergebnis dennoch die durchgreifende Wirkung der unionsrechtlichen Blocking-Verordnung.¹³ Zwar müssten die mitgliedstaatlichen Gerichte stets im Wege einer Verhältnismäßigkeitsprüfung die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von wirtschaftlichen Verlusten berücksichtigen, die betroffenen Wirtschaftsteilnehmern bei Durchsetzung des Befolungsverbots drohten. Diesen Erwägungen gegenüber stehe aber das besondere Interesse der Union an der Zurückweisung von völkerrechtswidrigen Sekundärsanktionen.¹⁴ Die in Art. 16 der Charta verankerte unternehmerische Freiheit existiere nur im Kontext ihrer gesellschaftlichen Funktion und sei von vornherein durch die sonstigen von der Unionsrechtsordnung geschützten Interessen beschränkt.¹⁵ Um die „volle Wirksamkeit“ des Befolungsverbots zu gewährleisten, obliege es schließlich der vertragsbeendenden Partei, im Sinne einer sekundären Darlegungslast nachzuweisen, dass eine Vertragsbeendigung nicht unter dem normativen Handlungsdruck der betreffenden Sekundärsanktionen erfolgte.¹⁶

⁹ LG Hamburg, Urt. v. 28.11.2018 – 319 O 265/18, IPRax 2020, 361. Die hiergegen gerichtete Berufung nahm die Beklagte nach dem Hinweisbeschluss des OLG Hamburg vom 06.06.2019 – 11 U 257/18, RdTW 2020, 378 zurück.

¹⁰ OLG Hamburg, Beschl. v. 02.03.2020 – 11 U 116/19, RdTW 2020, 376.

¹¹ Ibid., 377 f.

¹² Ibid., 378.

¹³ EuGH, Rs. C-124/20, ECLI:EU:C:2021:1035 – *Bank Melli Iran*.

¹⁴ Ibid., Rn. 89. Siehe auch Schlussanträge des Generalanwalts Hogan vom 12.05.2021, Rs. C-124/20, ECLI:EU:C:2021:386, Rn. 130 („grundlegende Ziele der öffentlichen Ordnung, die auch dem Schutz des Kerns der nationalen Hoheitsgewalt der Mitgliedstaaten der Union dienen“).

¹⁵ EuGH, Rs. C-124/20, ECLI:EU:C:2021:1035, Rn. 80 f. – *Bank Melli Iran*.

¹⁶ Ibid., Rn. 67 f.

In ähnlicher Weise hatte schon der Generalanwalt *Hogan* die Notwendigkeit erkannt, dem Befolgungsverbot des Unionsgesetzgebers möglichst umfassend zur Geltung zu verhelfen.¹⁷ Die resultierenden Pflichtenkollisionen für normunterworfenen Wirtschaftsakteure seien bedauerlich, aber im Einzelfall im Sinne eines Sonderopfers unvermeidbar:

„Wie der Sachverhalt der vorliegenden Rechtssache verdeutlicht, ist die Blocking-Verordnung der Union ein sehr grobes Instrument, das in seiner jetzigen Form darauf abzielt, das Eindringen extraterritorialer Auswirkungen US-amerikanischer Sanktionen innerhalb der Union zu unterbinden. Diese Methode der Unterbindung wird unvermeidbarerweise Verluste nach sich ziehen, und bei vielen mag der Eindruck entstehen, dass Telekom Deutschland, nicht zuletzt wegen ihrer umfangreichen US-amerikanischen Geschäftsaktivitäten, zu den ersten Opfern gehören wird.“¹⁸

Derartige Blocking-Verordnungen dienen als Beleg dafür, dass staatliche Rechtsanwendungsansprüche im Bereich der internationalen Sanktionspolitik von einer besonderen Kompromisslosigkeit gezeichnet sind. Rechtsordnungen beharren im Einzugsbereich ihrer Hoheitsgewalt auf die Durchsetzung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Regulierungsansprüche. Es sind in der Folge vor allem die transnationalen Strukturen des internationalen Wirtschaftsverkehrs, die wegen ihrer zahlreichen Anknüpfungspunkte für staatliche Regelungsansprüche besonders anfällig für kollidierende staatliche Anwendungsansprüche sind. Im Kontext einer zunehmend multipolaren Sanktionslandschaft geraten transnationale Wirtschaftsbeziehungen immer öfter in das Kreuzfeuer widerstreitender Verhaltensanforderungen. Außen- und sicherheitspolitische Konflikte werden im Zuge dessenauf dem Rücken privatwirtschaftlicher Akteure ausgetragen und ihnen als Pflichtenkollision¹⁹ aufgezungen.

Nehmen betroffene Parteien eine solche Pflichtenkollision zum Anlass, privatrechtliche Konflikte einem gerichtlichen Verfahren zu überantworten, wird das normative Dilemma zum Gegenstand des Rechtsanwendungsvorgangs. Die resultierenden Rechtsanwendungsfragen stellen bereits staatliche Gerichte vor gewichtige Herausforderungen; in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit²⁰

¹⁷ Schlussanträge des Generalanwalts *Hogan* vom 12.05.2021, Rs. C-124/20, ECLI:EU:C:2021:386, Rn. 136.

¹⁸ *Ibid.*, Rn. 136.

¹⁹ Ähnlich OLG Hamburg, Beschl. v. 02.03.2020 – 11 U 116/19, RdTW 2020, 376, 378. Siehe auch *Basedow*, *Open Societies*, 395 („tools“); *Gebauer*, IPRax 1998, 145, 153 („Regelungsadressat wird [...] jedenfalls gegen eine an ihn gerichtete Norm verstoßen zu müssen“); *Lieberknecht*, IPRax 2018, 573, 575 („Dilemma“); *Ruys/Ryngaert*, BYIL 2020, 86 („between a rock and a hard place“).

²⁰ Fragen der Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen in der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit bleiben im Folgenden außen vor; siehe zu diesem Problemkreis etwa *Dupont*, in: *Marossi* (Hrsg.), 197, 197 ff.

gewinnt die Problematik indes noch eine eigene, überkollisionsrechtliche²¹ Dimension. Denn die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit ist ihrerseits ein transnationales Phänomen. Sie genießt wegen der ihr zugeordneten Funktion eine besondere Autonomie von rechtsordnungsspezifischen Zwängen. Das Aufeinandertreffen des staatlich gebundenen Instruments der Wirtschaftssanktion und der transnational geprägten Institution der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit fokussiert den Blick auf den Konflikt von territorial verhafteten nationalen Gerechtigkeitsvorstellungen und den autonomen Strukturen des transnationalen Wirtschaftsverkehrs. Die Interaktion beider Phänomene offenbart, dass sich die Realität transnationaler Ordnungen nicht restlos in die Logik der Westfälischen Territorialität integrieren lässt.

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Fragestellungen hat es sich die vorliegende Untersuchung zum Ziel gesetzt, kohärente Ansätze für eine praktikable Handhabung außen- und sicherheitspolitischer Interessen im internationalen Handelsschiedsverfahren herauszubilden. Dieses Unterfangen soll einerseits den konkreten Umgang mit außen- und sicherheitspolitischer Regulierung im internationalen Schiedsverfahren erleichtern. Zugleich sucht die nachfolgende Analyse am Beispiel der Wirtschaftssanktion paradigmatisch darzulegen, wie die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit im Angesicht widerstreitender staatlicher Grundüberzeugungen verfahren muss, um langfristig staatliches Vertrauen in die Institution als Ganzes zu bewahren.

Zu diesem Zwecke wird die staatliche Außen- und Sicherheitspolitik zunächst als extraterritorial wirkende, aber territorial gebundene Regulierung im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr beschrieben (hierzu Teil I), die sich im kollisionsrechtlich geprägten Rechtsanwendungsvorgang in Form von international zwingenden Rechtsanwendungsinteressen niederschlägt (hierzu Teil II). Im weiteren Verlauf der Untersuchung erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Natur der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit und ihrer Stellung in Relation zur staatlichen Rechtsordnung (hierzu Teil III). Die daran anknüpfende Ausdifferenzierung der funktionalen Struktur der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung erlaubt es schließlich, im Wege der Typisierung von Interessenlagen abstrakte Leitlinien für die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren herauszubilden (hierzu Teil IV).

²¹ Eingehend zum Begriff der überkollisionsrechtlichen Interessen *infra* § 8 B.I.2.b), S. 339 ff.

Teil I

Wirtschaftssanktionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist die Feststellung, dass sich der Einsatz von Wirtschaftssanktionen aus der Perspektive der internationalen Handelschiedsgerichtsbarkeit als besonders konfliktträchtig erweist. Dieser Umstand wurzelt in den strukturellen Eigenarten sowohl der internationalen Sanktionspolitik als auch der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit selbst. Einerseits kommt es in den internationalen Beziehungen vermehrt zu widersprüchlichen außen- und sicherheitspolitischen Regulierungsanliegen. Andererseits ist der transnationale Wirtschaftsverkehr in besonderem Maße anfällig für regulative Konflikte zwischen den territorial strukturierten Rechtsordnungen. Das Zusammenspiel beider Faktoren stellt die internationale Schiedsgerichtsbarkeit vor besondere Herausforderungen.

Das erhebliche Störpotenzial globaler Sanktionspolitik für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen folgt dem Zusammenwirken von politischer Funktion und ökonomischem Prinzip der Wirtschaftssanktion. Die Wirtschaftssanktion dient der Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Interessen in den internationalen Beziehungen. Da eine gewaltsame Konfrontation im Zeitalter des allgemeinen Gewaltverbots als Mittel der Interessendurchsetzung regelmäßig ausscheidet, verbleibt als Medium der politischen Einflussnahme zuerst die restriktive Einwirkung auf den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr. Es entsteht auf diesem Wege ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der wirksamen Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Interessen und der effektiven Regulierung grenzüberschreitender Wirtschaftsströme (hierzu unter § 1).

Ob dieses Zusammenhangs können sich geopolitische Differenzen in den internationalen Beziehungen unmittelbar als Hemmnisse im internationalen Wirtschaftsverkehr niederschlagen. Die besondere Konfliktträchtigkeit der internationalen Sanktionspolitik lässt sich dabei nicht allein auf die Widersprüchlichkeit der zugrunde liegenden staatlichen Interessen gründen. Hinzu kommt, dass auch die Vehemenz der Artikulation außen- und sicherheitspolitischer Interessen unmittelbar auf den Wirtschaftsverkehr durchschlägt. Außen- und sicherheitspolitische Normen stellen sich regelmäßig als international zwingende Verhaltensan-

forderung dar, die im gesamten Einflussbereich staatlicher Rechtsetzungsgewalt unbedingte Beachtung verlangen. Zugleich nehmen die Anknüpfungspunkte für staatliche Regulierung unweigerlich zu, weil sich der internationale Wirtschaftsverkehr im Zuge transnationaler Entwicklungen immer mehr von den Grenzen der staatlichen Rechtsordnungen löst. Daraus resultiert eine besondere Anfälligkeit transnationaler Strukturen für sanktionsbedingte Pflichtenkollisionen (hierzu unter § 2).

Die sanktionsbedingten Pflichtenkollisionen werden über privatwirtschaftliche Konflikte schließlich zum Gegenstand von Rechtsanwendungsentscheidungen. Dem Rechtsanwender begegnet die Wirtschaftssanktion nicht in ihrer politischen Gestalt als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Die normativen Verhaltensanforderungen der Wirtschaftssanktion folgen erst aus ihrer Umsetzung in innerstaatliche Sanktionsnormen. Hier setzt die Rechtsanwendungsentscheidung an. Der Rechtsanwender muss sich dazu verhalten, ob und wie die betreffenden Sanktionsnormen Anwendung erfahren sollen. Dabei sieht er sich im internationalen Kontext mit den zwingenden Regelungsansprüchen unterschiedlicher Rechtsordnungen konfrontiert. In der Entscheidung für oder wider die Anwendung einer Sanktionsnorm gewinnt daher auch der Rechtsanwendungsvorgang eine außen- und sicherheitspolitische Dimension (hierzu unter § 3.).

§ 1 Die Wirtschaftssanktion als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik

Jenseits des diplomatischen Austauschs, aber unterhalb der Schwelle zur militärischen Gewaltanwendung, stellt die Wirtschaftssanktion das schärfste Schwert zur friedlichen Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Interessen dar. Der Begriff der Wirtschaftssanktion unterfällt weder einer universellen Definition noch hat er eine trennscharfe Abgrenzung von verwandten Begrifflichkeiten erfahren.¹ Für die Zwecke dieser Untersuchung soll ein Konzept der Wirtschaftssanktion zugrunde gelegt werden, das an den weiten Begriff der sozialwissenschaftlichen Debatte im Kontext der internationalen Beziehungen angelehnt ist.² In diese Sinne soll die Wirtschaftssanktion (*economic sanction*) als Oberbegriff für alle außen- oder sicherheitspolitisch motivierten nicht-militärischen Maßnahmen verstanden werden, die ein beliebiges Sanktionsobjekt durch Beeinträchtigung seiner wirtschaftlichen Position zu einem gewissen Verhalten oder Unterlassen veranlassen sollen.³

Die Erkenntnis, dass wirtschaftlicher Zwang willensbeugende Kraft in außenpolitischen Konflikten entfalten kann, ist so alt wie außenpolitische Konflikte selbst. Dennoch unterscheidet sich die moderne Wirtschaftssanktion wesentlich von ihren historischen Vorbildern. Sie hat sich von einem Instrument des Wirtschaftskrieges zu einem Mittel außen- und sicherheitspolitischer Gestaltung gewandelt (hierzu unter A.). Parallel zu dieser Entwicklung hat sich auch das öko-

¹ *Combacau*, in: Bernhardt (Hrsg.), EPIL, Sanctions, 312; *Szabados*, Economic Sanctions, 6. Auch in Kapitel VII der UN-Charta („Maßnahmen“) und Art. 215 AEUV („restriktive Maßnahmen“) findet sich für die wirtschaftliche Zwangsmaßnahme keine positive Begriffsbestimmung.

² Enger gefasst wird der Begriff der Wirtschaftssanktion vor allem in der völkerrechtlich geprägten Debatte um die Effektivierung des internationalen Rechts. Zu den unterschiedlichen Definitionsansätzen *Combacau*, in: Bernhardt (Hrsg.), EPIL, Sanctions, 311 ff.; *Daoudi/Dajani*, Economic Sanctions, 2 ff.; *Delbrück*, AVR 30 (1992), 86, 88 ff.; *Giumelli*, Coercing, 15 ff.; *Osteneck*, Umsetzung, 5 ff.; *Ruys*, in: van den Herik (Hrsg.), 19, 19 ff.; *Schneider*, Wirtschaftsanktionen, 27 ff.; *Schotten*, Wirtschaftsanktionen, 79 ff.; *Szabados*, Economic Sanctions, 6 ff.; *Tzanakopoulos*, in: Marossi (Hrsg.), 145, 146 ff.; *Valta*, Wirtschaftsanktionen, 4 ff.

³ Ähnlich *Azerédo da Silveira*, Trade Sanctions, 9; *Hufbauer et al.*, Economic Sanctions, 3. Aufl. 2007, 3; *Szabados*, Economic Sanctions, 6 f.; *Valta*, Wirtschaftsanktionen, 4.

nomische Prinzip der Wirtschaftssanktion gewandelt. Um dem außenpolitischen Anliegen zu außenpolitischem Erfolg zu verhelfen, bedarf es der effektiven Beschränkung privatwirtschaftlicher Beziehungen im Einflussbereich staatlicher Regulierung. Deswegen muss die Umsetzung der Wirtschaftssanktion die Struktur des globalen Wirtschaftsverkehrs und die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen staatlicher Rechtsetzung in den Blick nehmen (hierzu unter B.).

A. Die politische Funktion der Wirtschaftssanktion

Der Einsatz wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen war traditionell mit dem Einsatz militärischer Gewalt verbunden (hierzu unter I.). Erst mit dem Aufkommen der internationalen Friedensbewegung und der zunehmenden Reglementierung des Kriegsführungsrechts hat die Wirtschaftssanktion als Mittel der zentralisierten Friedenssicherung eine autonome Rolle in den internationalen Beziehungen gewonnen (hierzu unter II.). Die moderne Wirtschaftssanktion hat sich von den Methoden des Wirtschaftskrieges emanzipiert und dient politischen Systemen als flexibles Mittel der außenpolitischen Gestaltung (hierzu unter III.). Die besondere Flexibilität des Instruments korrespondiert mit einer zurückhaltenden völkerrechtlichen Regulierung sanktionspolitischer Betätigung (hierzu unter IV.).

I. Die Wirtschaftssanktion als außenpolitische Alternative zur militärischen Gewaltanwendung

Die Neuordnung des Völkerrechts durch den Westfälischen Frieden von 1648 sicherte den Staaten territoriale Integrität und äußere Souveränität zu, ohne damit zugleich eine einschneidende Beschränkung des Kriegsführungsrechts zu verbinden.⁴ Verbleibende Rechtfertigungsanforderung an die Kriegsführung, wie sie noch aus der Vorstellung eines *bellum iustum* hervorgingen, wurden im aufkommenden Rechtspositivismus des 18. Jahrhunderts unter Berufung auf die äußere Souveränität als überkommene naturrechtliche Vorstellungen verworfen.⁵ Aus der absoluten Souveränität sollte die Befehlsunabhängigkeit eines Staates gegenüber gleichgeordneten Subjekten innerhalb der Völkergemeinschaft folgen.⁶ Da-

⁴ Grundlegend zur Entwicklung des Kriegsführungsrechts *Grewe*, Epochs, 530 ff. Siehe dazu auch *Kunz*, AJIL 54 (1960), 324, 325 ff.

⁵ *Grewe*, Epochs, 530 ff.; *Kunz*, AJIL 54 (1960), 324, 325 f. Siehe aber auch die kritische Auseinandersetzung mit dieser These bei *Simon*, EJIL 29 (2018), 113, 114 ff.

⁶ *Carl*, Souveränität, 4 ff.; *Kunz*, AJIL 54 (1960), 324, 327 f. Zum Begriff der Souveränität im Völkerrecht eingehend *Hillgruber*, JZ 2002, 1072, 1074 ff.

Sach- und Personenregister

- Act-of-state*-Doktrin 149, 472
- Außen- und Sicherheitspolitik
- der Europäischen Union 17, 51, 61, 452
 - der Vereinigten Staaten von Amerika 18, 58, 463
 - Fragmentierung 43
 - *judicial review* 477
 - Konkurrenz politischer Systeme 53, 425
 - Rechtssetzung 33, 64
 - staatliche Souveränität 20, 49
 - Territorialität 33, 48
 - Unilateralität 40, 477
 - völkerrechtliche Grenzen 19, 33, 55, 477
 - Widerspruch 478
 - Widersprüchlichkeit 43, 425
- Außenwirtschaftsfreiheit 26, 43, 64, 267
- Bank Melli Iran /. Telekom Deutschland 2, 451, 517
- Blocking-Verordnung 61, 451, 455, 478
- Charta der Vereinten Nationen *siehe* Vereinte Nationen
- Currie, Brainerd 97, 147, 208, 214
- Datumtheorie 76, 233, 237 *siehe auch* sachrechtliche Berücksichtigung
- Ehrenzweig, Albert Armin 98, 237
- Eingriffsnorm
- Abgrenzung zum *Ordre-public*-Vorbehalt 112, 173
 - als Interessendivergenz 171, 189
 - angloamerikanischer Rechtskreis 143
 - Anwendungswille 116, 139, 165, 167
 - Anwendungswürdigkeit 215, 382
 - Bündelung 419
 - Definitionsansätze 79, 166, 380
 - der *lex causae* 137, 188
 - der *lex fori* 105, 112, 137
 - der *lex loci arbitri* 398
 - Doppelfunktion 115, 204
 - eines Drittstaates 137, 188
 - Einheitsanknüpfung 137, 381
 - forumsfremd 115, 164
 - im englischen Kollisionsrecht 143
 - im US-amerikanischen Kollisionsrecht 146
 - kontinentaleuropäischer Rechtskreis 135
 - *lois d'application immédiate* 135, 141
 - nach Art. 7 EVÜ 141
 - nach Art. 9 Rom I-VO 142, 166, 381
 - normative Anwendung 224
 - *overriding mandatory provisions* 144
 - potenzielle Eingriffsnorm 172, 232
 - rechtspolitische Notwendigkeit 121
 - sachrechtliche Berücksichtigung 232
 - Sanktionsnorm 140, 425
 - Schuldstatuttheorie 137
 - *shared value approach* 382
 - Sonderanknüpfung 139, 142, 166
 - Unmittelbarkeit 136
 - widerstreitende Eingriffsnormen 390, 403, 497
- Eingriffsrecht *siehe* Eingriffsnorm
- Ersatzzuständigkeit 310
- Europäische Union
- Blocking-Verordnung 61, 451, 463, 517
 - GASP 51, 65, 452
 - Geltungsgrund des Unionsrechts 367, 399
 - Grundrechtecharta 518
 - Maßnahmen nach Art. 215 AEUV 51
 - *ordre public* 367, 450
 - Sanktionspolitik 17, 51
 - Umsetzung restriktiver Maßnahmen 65

- zwingendes Unionsrecht 305
- Europäischer Gerichtshof 249, 294, 305, 451
- Exequatursentscheidung *siehe auch* *ordre public*
 - absolute Grenzen der Anerkennungsfähigkeit 471
 - als staatliche Kontrolle 271
 - Anerkennungsbereitschaft 464
 - Anerkennungsfähigkeit 331, 338
 - Anerkennungsmaßstab 289, 339, 465
 - Aufhebung am Sitzort 327
 - *comitas* 329
 - *doctrine of merger* 329
 - doppeltes Exequaturverfahren 327
 - im Kontext der Außen- und Sicherheitspolitik 446
 - nach Art. V NYÜ 272, 336
 - *Ordre-public*-Kontrolle 273, 289, 356
 - Rechtsbindung des Exequaturgerichts 351, 355, 356
 - relative Grenzen 476
 - Relativität staatlicher Anerkennung 326, 328
 - *révision au fond* 465
 - Verkehrsfähigkeit 338, 498
 - zugunsten sanktionierter Parteien 448
- Extraterritorialität *siehe* staatliche Hoheitsgewalt
- foreign sovereign compulsion* 489
- Forum-non-conveniens*-Doktrin 129, 149
- forum shopping* 335, 349
- Francescakis, Phocion 135
- Gerechtigkeit
 - im Kollisionsrecht 91, 94, 191
 - im Sachrecht 197, 248, 474
 - in der Außen- und Sicherheitspolitik 43
 - in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 370, 372, 491
- Gerechtigkeitspluralismus 89, 298, 420
- Grundprinzipien *siehe* staatliche Rechtsordnung
- Handelsschiedsgerichtsbarkeit *siehe* Schiedsgerichtsbarkeit
- Helms-Burton-Gesetze 61
- international zwingendes Recht *siehe* zwingendes Recht
- internationale Wirtschaftsordnung
 - Allokations- und Transaktionseffizienz 104
 - Anfälligkeit für Regulierung 123
 - *enlightened self-interest* 91
 - Funktionalität 121, 424
 - Grundprinzipien 364
 - Liberalismus 266
 - *mutual convenience of nations* 91
 - Pflichtenkollision 53, 489
 - Protektionismus 311, 441
 - Rechtssicherheit 413
 - Rechtsvereinheitlichung 349, 362
 - Regulierungspluralismus 331
 - staatliche Förderung 300
 - Transnationalisierung 48, 298
- internationale Zuständigkeit 308
- Internationaler Gerichtshof 477
- Jayme, Erik 239
- JCPOA 2, 46, 61, 517
- Kahn, Franz Michael 139, 197, 427
- Kegel, Gerhard 192, 495
- Kollisionsnorm
 - Allseitigkeit 97, 154, 419
 - Anknüpfungsmoment 154, 185, 193, 494
 - Anwendungswille 93
 - Bündelung 153, 186, 199
 - Bündelungsmodell 152
 - Einseitigkeit 154, 196, 198, 419
 - Element-Kollisionsnorm 153, 186, 195
 - horizontale Bündelung 154, 186, 419
 - Normstruktur 161
 - Parteiinteressen 193
 - Rechtsanwendungsinteressen 94, 191, 494
 - Regelungsgehalt 158
 - Sachrechtsbezogenheit 195
 - Verkehrsinteressen 193
 - vertikale Bündelung 154
- kollisionsrechtliche Interessenanalyse *siehe* Rechtsanwendungsentscheidung
- Kollisionsrechtsordnung
 - Abgrenzung zum Sachrecht 226
 - angloamerikanischer Rechtskreis 110, 201

- *conflict revolution* 96, 140, 147
 - Dépeçage 99, 200, 227
 - der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 314
 - Eviktionswirkung 228, 243
 - extraterritoriales Anwendungsverlangen 117, 341
 - Fremdrechtsanwendung 115, 163
 - Funktion 78, 91, 158, 192, 231
 - Funktionswandel 101
 - Gleichbehandlungsgrundsatz 90
 - Gleichwertigkeit der Rechtsordnungen 89, 196, 201
 - Grundsatz der engsten Verbindung 94, 192
 - internationaler Entscheidungseinklang 91, 95, 200, 248
 - *issue by issue approach* 99, 110, 148, 201
 - Kollisionsgrundnorm 157
 - kollisionsrechtliche Gerechtigkeit 91, 94, 103, 110, 191
 - kontinentaleuropäischer Rechtskreis 92, 101, 108, 201
 - Materialisierung 147, 195, 385
 - Methodenpluralismus 101
 - öffentliches Kollisionsrecht 80
 - Rechtssicherheit 99, 156, 199
 - Statutenlehre 92
 - Vereinigte Staaten von Amerika 96
 - Verweisungsprinzip 93, 94
 - völkerrechtliche Rahmenbedingungen 88
 - Wirtschaftskollisionsrecht 80, 141, 203
 - Zweistufigkeit 239
 - Zweitsystem 80, 138, 146, 152
- law shopping* 297, 335, 344
- Multilateralismus 42, 477
- Neumayer, Karl Heinz 139
- New Yorker Übereinkommen 262, 272, 289, 317, 324
- Nordkorea 32, 65
- OFAC 57, 429, 449, 525
- ordre public*
- Abgrenzung zur Eingriffsnorm 112, 173
 - bei dem Exequatur von Schiedssprüchen 289
 - der Europäischen Union 367, 450
 - *effet atténué* 359
 - Folgenebene 176
 - foreign public policy 460
 - international 291, 356
 - interne 292
 - Korrektivfunktion 109, 113
 - Parallelwertung 459
 - Positivierung 404
 - präventive Funktion 110
 - Prinzipienverbundenheit 174
 - *réellement international* 361, 472
 - Relativität 107, 177, 252, 404, 466
 - transnational 289, 361, 382, 455, 471, 491
 - und public policy 111, 149
 - und Sanktionsnormen 446, 455
 - verfassungsrechtliche Dimension 109, 178
 - völkerrechtliche Prägung 365
- Parteiautonomie 101, 261, 268, 299, 342, 346
- Paulsson, Jan 284
- Privatautonomie 69, 102, 106, 134, 268
- private governance* 286
- Privatrechtsordnung
- Abgrenzung zum öffentlichen Recht 100
 - Leistungsbefreiung 75
 - Leistungsbefreiung 486
 - Materialisierung 101, 123
 - Regulierung 107, 123
 - Unmöglichkeit 71, 76, 500
 - Verbotsnorm 70
 - Vertragsanpassung 71, 486
 - Zumutbarkeit 72, 502, 516
- Prorogation 335
- public policy siehe ordre public*
- Ralli-Brothers-Entscheidung* 75, 146, 211, 218
- Rechtsanwendungsentscheidung *siehe auch* sachrechtliche Berücksichtigung
- Disqualifikation 155, 187, 494
 - Funktionale Struktur 384
 - Gemeininteressen 168, 207, 496

- globale Rechtsanwendungsinteressen 422
- *governmental interests* 97, 147, 214
- im internationalen Schiedsverfahren 387
- Interessentheorie 192
- *international comity* 149, 461
- kollisionsrechtliche Interessenlage 204, 493, 514
- Legitimationsentscheidung 348, 370, 388, 511
- Machttheorie 211, 495
- Missachtungsverlangen 455, 513
- Ordnungsinteressen 198, 206, 227, 392, 496
- ordnungspolitische Interessen 101, 114, 197
- Parteiinteressen 350, 370, 496
- *public law taboo* 74, 122
- Qualifikation 163, 183
- sachrechtliche Interessenlage 400, 498
- Sachrechtsanwendung 223, 515
- Überformung durch Unionsrecht 398
- überkollisionsrechtliche Interessen 331, 388, 482
- Überlagerung durch Grundprinzipien 201
- Verkehrsinteressen 496
- Wechselwirkungen 385, 510
- Zugriffsmöglichkeit staatlicher Vollzugsgewalt 495
- Zuordnungsentscheidung 488
- Rechtsnorm *siehe auch* international zwingendes Recht
 - Anwendungsbefehl 117
 - Anwendungsbereich 77, 105, 158
 - Anwendungsvorgang 117
 - forumsfremd 117
 - Geltungsbereich 77, 105, 157, 158
 - imperatives Element 119
 - international zwingend 106
 - juristische Geltung 117, 157
 - normative Anwendung 223
 - Normsatz 117
 - rationales Element 78
 - Relativität juristischer Geltung 116, 120
 - sachrechtlich zwingend 106
 - universelle Geltung 106
- Rechtswahlfreiheit *siehe* Parteiautonomie
- Russische Föderation 21, 42, 44, 46, 442
- sachrechtliche Berücksichtigung
 - abgeschwächte normative Wirkung 252, 403, 470, 485
 - als faktische Berücksichtigung 76, 233
 - als Kompromisslösung 403, 474, 485
 - als Korrekturmechanismus 241
 - als normativer Vorgang 236, 342
 - im internationalen Schiedsverfahren 400
 - im Kontext des Art. 9 Rom I-VO 229, 249
 - methodische Begründung 243
 - Sperrwirkung 249
 - Subsidiarität 229
 - tatbestandliche Beschränkung 505
 - Theorie der faktischen Berücksichtigung 233
 - über Verbotstatbestände 253, 500
 - verfassungsrechtliche Notwendigkeit 252, 506
 - von Sanktionsnormen 498, 515
 - Zweistufigkeit des Kollisionsrechts 239
- Sachrechtsordnung *siehe* Privatrechtsordnung
- Sanktionsnorm *siehe auch* Wirtschafts-sanktion
 - als Konkretisierung des *ordre public* 446
 - als Verbotsnorm 64, 468
 - Anknüpfungsmoment 494
 - Anwendungsverlangen 446, 483
 - ausländisch 74
 - betreffend eine Schiedspartei 448
 - des Forums 446
 - forumsfeindlich 455, 470
 - Grenzen der Anwendbarkeit 490
 - juristische Geltung 77
 - materielle Interessenlage 502
 - Missachtungsverlangen 455, 483, 513
 - neutral 457
 - normative Wirkung 77, 79, 469
 - Normsatz 64, 468, 494
 - relevante Rechtsordnungen 496
 - sachrechtliche Berücksichtigung 470, 502
 - Sittenwidrigkeit 79
 - typische Rechtsanwendungsinteressen 494
 - und staatliche Grundprinzipien 446, 490
 - Verhältnismäßigkeit 479

- Savigny, Friedrich Karl von 92, 108
- Schiedsgerichtsbarkeit
- absolute Gerechtigkeitserwägungen 490
 - als Ausdruck prozessualer Partei-autonomie 268
 - als Delegation staatlicher Hoheits-gewalt 262
 - als gleichwertige Rechtsprechungs-alternative 273
 - als soziale Ordnung 284, 424
 - als transnationale Institution 54, 300
 - als transnationale (Rechts-)Ordnung 280, 490
 - als vertragsrechtliche Schöpfung 261
 - Autonomie 288, 373
 - Bedürfnis nach Rechtssicherheit 412
 - Delokalisierung 279, 360
 - Funktion 373
 - Gerechtigkeitsrahmen 342, 372
 - Hybride Natur 264
 - Investitionsschiedsgerichtsbarkeit 306
 - Legitimation 276, 330, 333, 343
 - Liberalisierung 294, 296, 298
 - *ordre juridique arbitral* 281
 - Parteiinteressen 372
 - Parteimobilität 342, 345
 - Plurilokalität 279
 - *regulatory arbitrage* 295, 297, 342, 349
 - Schiedsfähigkeit 269, 292, 433
 - Schiedsinstitutionen 429
 - *Second-look-Doktrin* 292
 - staatliche Kontrolle 263, 269
 - staatliches Legitimationsangebot 348
 - staatliches Vertrauen 288, 295, 303, 423
 - Territorialität 277
 - Transnationalität 343, 355
 - Verantwortung 370
 - Wirksamkeit von Schiedsabreden 305, 441
- Schiedsspruch *siehe* Exequaturentscheidung
- Schiedsverfahren
- Anwendbarkeit der Rom I-VO 321, 398
 - deutsches Schiedsverfahrensrecht 318
 - Durchführbarkeit 428
 - Eingriffsnormenproblematik 347, 380, 414
 - Entscheidung ex officio 375
 - Forum 326, 401
 - Grenzen der Rechtsanwendung 332, 353, 361
 - Grenzen des Parteimandats 369
 - Interessen der Vollstreckungsrechts-ordnung 279, 392
 - international zwingendes Recht 356
 - Kollisionsgrundnorm 315
 - Legitimationsentscheidung 374, 488, 489
 - legitimationsfremdes Recht 401
 - legitime Parteiinteressen 371
 - Prognoseentscheidung 386, 482, 485
 - Rechtsgeltung 333
 - Rechtswahl 320
 - Relativität der Rechtsgeltung 323, 336, 348
 - relevante Rechtsordnungen 482, 509
 - *révision au fond* 274, 295, 458, 465
 - Sachstatut 314, 319
 - Sitz 317, 325, 334, 350
 - Sitzrechtsordnung 337
 - Sonderkollisionsrecht 318, 337, 358, 394
 - Transnationalität 359
 - überkollisionsrechtliche Ebene 339, 344, 349
 - Verfahrensstatut 314, 334
 - Vertraulichkeit 432
 - *voie directe* 316
 - Vollstreckungsrechtsordnung 339
- Schurig, Klaus 152, 159
- Sekundärsanktion 58, 462, 517
- Selbstbestimmungsrecht *siehe* Partei-autonomie
- Sicherheitsrat *siehe* Vereinte Nationen
- staatliche Hoheitsgewalt *siehe auch* Völkerrechtsordnung
- *effects doctrine* 35, 124
 - extraterritoriale Rechtsetzung 34, 55, 116
 - für die internationale Schiedsgerichts-barkeit 324
 - *Genuine-connection*-Erfordernis 60, 107, 120
 - *jurisdiction to adjudicate* 34, 127
 - Rechtsetzungsgewalt 34, 59
 - Regulierungskonflikte 91, 125, 303
 - Schutzprinzip 60
 - Sekundärsanktionen 58
 - Territorialität 90, 340
 - Überlappung 54

- Universalitätsprinzip 60
- Vollzugsgewalt 58, 118
- staatliche Rechtsordnung *siehe auch*
 - staatliche Hoheitsgewalt
 - ausländisches öffentliches Recht 75
 - Einheit der Rechtsordnung 69, 500
 - Exequatur staatlicher Urteile 355
 - extraterritorialer Geltungsanspruch 117, 475
 - Flucht aus der staatlichen Rechtsordnung 441
 - *forum shopping* 297, 300
 - funktionaler Gerechtigkeitspluralismus 491
 - Furcht vor der Umgehung staatlichen Rechts 374
 - Grenzen der Geltung 178
 - Grundprinzipien 174, 337, 343
 - Grundrechte 506
 - *interjurisdictional competition* 303, 332
 - Kontrollverlust 296
 - Liberalismus 266
 - Missbrauchskontrolle von Gerichtsstandsvereinbarungen 305, 441
 - räumlich-territoriale Begrenzung 117, 157, 309
 - Rechtsprechungsmonopol 270, 294, 434
 - Relativität juristischer Geltung 116
 - Souveränität 10, 89
 - Transnationalisierung 302
 - Überforderung 49, 300
 - Unanwendbarkeit fremden öffentlichen Rechts 121
 - Verfassungskollisionsrecht 179, 352, 460, 491
 - Widerspruchsfreiheit 73
 - wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundsatzentscheidungen 108
- Territorialität
 - der Außen- und Sicherheitspolitik 48
 - der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 277
 - der Rechtsgeltung 117
 - der Rechtssetzung 33
 - der staatlichen Rechtsordnung 90
 - im Kontext der Rechtssicherheit 412
 - negatives Territorialitätsprinzip 74
- US-Supreme Court 124, 293
- Vereinigte Staaten von Amerika
 - Anknüpfung an den US-Dollar 57, 431, 487
 - außenpolitische Dominanz 26, 57
 - Entwicklung des Kollisionsrechts 96
 - globale Ordnungsmacht 44, 55, 463
 - Rechtswahlfreiheit 102
 - Sanktionspolitik 18, 22
 - Sanktionspraxis 55
- Vereinte Nationen
 - als System kollektiver Sicherheit 14
 - Begriff der Friedensbedrohung 15
 - Gewaltverbot 14, 20
 - Handlungsunfähigkeit 41
 - *judicial review* 50, 455
 - Mandat der Friedenssicherung 40
 - Maßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta 16, 40
 - Umsetzungspflicht der Mitgliedstaaten 49, 453
 - Umsetzung von Sicherheitsratsresolutionen 65
- Völkerbund 12, 15
- Völkerrechtsordnung *siehe auch* staatliche Hoheitsgewalt
 - allgemeines Gewaltverbot 26
 - Ausübung von Hoheitsgewalt 33
 - *comitas* 89, 461
 - *comity between nations* 75
 - Gewohnheitsrecht 476
 - *international comity* 461
 - internationales Einheitsrecht 304
 - Interventionsverbot 20, 119
 - *ius ad bellum* 11
 - *ius cogens* 23, 363, 472
 - *ius in bello* 11
 - kollisionsrechtliche Konventionen 92
 - Legalität zwischenstaatlicher Zwangsmaßnahmen 19
 - Menschenrechte 15, 472
 - Sekundärsanktionen 58, 462
 - System kollektiver Sicherheit 14
 - Territorialität 49, 90
 - Welthandelsrechts 22
- Volksrepublik China 21, 45

- Wengler, Wilhelm 139
- Wirtschaftsordnung *siehe* internationale Wirtschaftsordnung
- Wirtschaftssanktion
- als Alternative zum Krieg 14
 - als Ausdruck systemspezifischer Wertvorstellungen 18, 447
 - als Durchsetzungsmechanismus 13
 - als friedliche Zwangsmaßnahme 26
 - als Handelshemmnis 43
 - als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik 17
 - als Mittel der Normbestätigung 15
 - als politisches Instrument 15
 - als Verbotsgesetz 74
 - Anknüpfung an den US-Dollar 431, 487
 - Befreiungs- und Genehmigungstatbestände 68, 433, 504
 - Begriff 9
 - der Europäischen Union 51, 450
 - des UN-Sicherheitsrates 452, 457
 - Durchsetzung 68, 503
 - Erbringungen von Rechtsdienstleistungen 428
 - Evolution 12, 24
 - faktische Wirksamkeit 68, 476
 - Feindhandelsverbot 76
 - Formalisierung 29
 - Grundrechte 506
 - Individualsanktionen 50, 66
 - Kompromisslosigkeit 53
 - Menschenrechte 29, 472
 - multilateral 15, 40
 - ökonomisches Prinzip 27, 66
 - politische Effektivität 27
 - politische Motivlage 27
 - Rechtssatz 64
 - Re-Exportverbot 56
 - Regulierungspluralismus 43, 426
 - Umgehung 28, 75, 145
 - Umgehungsverbot 66, 486
 - unilateral 17, 43
 - völkerrechtliche Einhegung 21
 - völkerrechtliche Legalität 19, 476
- Wirtschaftssanktionen
- völkerrechtliche Einhegung 476
- Zweigert, Konrad 139, 140
- zwingendes Recht
- aus völkerrechtlicher Perspektive 54
 - Befolgung im Eigeninteresse 304
 - Begriff und Funktion 105
 - der Europäischen Union 305
 - einfach zwingendes Recht 106
 - Flucht aus der staatlichen Rechtsordnung 441
 - Furcht vor Umgehung 305
 - in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 313, 330, 379
 - international zwingendes Recht 106
 - Sonderzuständigkeiten 308
 - universelle Geltung 106